

Medienkonferenz

Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2008

Freitag, 7. Dezember 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftspolitische Prioritäten in der neuen Legislatur

Gerold Bührer, Präsident economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Das wirtschaftliche Fundament der Schweiz ist gut. Die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik der vergangenen Jahre ist eindrucklich. Bezüglich Wettbewerbsfähigkeit belegt unser Land in den internationalen Vergleichen einen Podestplatz. Doch bekanntlich wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Allein schon ein Blick auf 2008 macht deutlich, dass eine Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Wachstums ansteht.

Über diese konjunkturelle Betrachtung hinaus gilt es wirtschaftspolitisch in erster Linie, die langfristigen Trends im Auge zu behalten. Diese machen deutlich, dass Westeuropa und damit auch die Schweiz in den kommenden Jahren durch den globalen Wettbewerb herausgefordert bleiben. Nur wenn es der Wirtschaftspolitik, den Unternehmen und Sozialpartnern gelingt, die Konkurrenzfähigkeit nachhaltig zu stärken, wird die Schweiz auch zukünftig auf der Gewinnerseite bleiben.

Wirtschafts- und finanzpolitisch darf daher nicht auf den Lorbeeren ausgeruht werden. Vielmehr muss es darum gehen, das Fundament für zukünftiges und nachhaltiges Wachstum zu stärken, statt der Symptombekämpfung zu verfallen.

Aus wachstumspolitischer Sicht stehen unseres Erachtens die folgenden Herausforderungen im Vordergrund:

1. Im Interesse einer soliden Finanzpolitik sind die vor allem auch dank der guten Konjunktur entstandenen Überschüsse konsequent zur Schuldentilgung und zur gezielten Steuersenkung zu verwenden. Die vom Stimmvolk mit einer Mehrheit von knapp 85 Prozent angenommene Schuldenbremse ist strikte einzuhalten und auf den ausserordentlichen Bereich auszuweiten. Die ausgabenseitigen Strukturreformen (Aufgabenportfolio) sind voranzubringen, um insbesondere im Falle eines konjunkturellen Einbruchs erneute massive Defizite zu verhindern. Es ist im Rahmen der Ausgabendisziplin entlang der Teuerung vor allem sicherzustellen, dass der Handlungsspielraum für zukunftsorientierte, wachstumsstärkende Ausgaben wie Bildung und Forschung sowie die Modernisierung der Infrastruktur aufrechterhalten und ein eigentliches „Crowding out“ durch den Sozialbereich verhindert werden kann.

2. Steuerpolitisch sind die anstehenden Reformen zugunsten der Unternehmen (Unternehmenssteuerreform II, Senkung der Gewinnsteuersätze, Eliminierung des Emissionsstempels), der Ehepaare sowie die Vereinfachung der Mehrwertsteuer mit einem Einheitssatz voranzutreiben. Niedrige Steuern und eine hohe Ausgabendisziplin bleiben wachstumspolitisch angesichts des internationalen Wettbewerbs unabdingbar. Was den Steuerstreit mit der EU anbelangt, bleibt der Bundesrat aufgefordert, bezüglich der nationalen Steuersouveränität keine Konzessionen zu machen. Über die Nachteile für den Wirtschaftsstandort Schweiz hinaus würde durch ein Einlenken ein gefährliches Präjudiz geschaffen.
3. Aussenwirtschaftspolitisch stehen die Sicherung des bilateralen Weges mit der EU, Freihandelsabkommen mit den aufstrebenden aussereuropäischen Staaten sowie die Wiederbelebung der WTO im Vordergrund. Insbesondere die Personenfreizügigkeit mit der EU hat sich bewährt. Die anstehende Ausweitung auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien ist daher unter Wahrung ausreichender Übergangsfristen im Interesse der schweizerischen Wirtschaft zu unterstützen.
4. Trotz verschiedener Verbesserungen (Revision Binnenmarkt und Kartellgesetz) ist der Wettbewerb weiter zu stärken. Der Zugang zu unserem Markt ist zu erleichtern und staatlich regulierte Preise sind abzubauen. Neben der Beseitigung von Handelshemmnissen im Rahmen der Cassis-de-Dijon-Regelung ist die Öffnung des Postmarktes und des Strommarktes voranzubringen sowie in der Gesundheitspolitik der Wettbewerb im Spitalmarkt auszuweiten.
5. Weitere wichtige Projekte betreffen die Bildung und Forschung mit einem Schwergewicht im Bereich der Naturwissenschaften und der Ingenieurausbildung. Mit dem Hochschulrahmengesetz ist angesichts des intensivierten internationalen Wissenswettbewerbs rasch die Voraussetzung zu schaffen, damit sich insbesondere die Hochschulen mit klarem Profil positionieren können.
6. Die Sicherung einer kompetitiven, geopolitisch breit abgestützten und umweltgerechten Energieversorgung ist für den Werk- und Dienstleistungsplatz von hoher Priorität. Neben weiteren Sparanstrengungen, Effizienzsteigerungen, der Förderung alternativer Energien bleibt der Bau von Grossanlagen vornehmlich im Kernkraftbereich unumgänglich.

Mit den erwähnten Reformen muss es darum gehen, sowohl für die international orientierten Grossunternehmen als auch für die leistungsstarken KMU beste Bedingungen für den internationalen Wettbewerb zu gewährleisten, damit Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten und geschaffen werden können. Dabei ist auch zukünftig zu beachten, dass unser Land über ausgezeichnete Voraussetzungen sowohl für den Finanz- und Dienstleistungs- als auch für den Werkplatz verfügt.